



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/06/2012  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 14.11.2012  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen  
- Personalsituation / Mündlicher Bericht
3. Mitteilungen
4. Anliegen der Jugendräte
5. Bündnis für Familien
6. Präsentation der Ergebnisse der Elternbefragung U3 durch den Forschungsverbund Institut für soziale Arbeit Münster (ISA), das Deutsches Jugendinstitut München (DJA) und die Technische Universität Dortmund
7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen  
- Nachforderung Elternbeiträge / Mündlicher Bericht
8. "Haus der Bildung für Kinder" in Altenhagen  
Vergrößerung der Kindertageseinrichtung Boeler Str. 39  
Vorlage: 0808/2012
9. Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"  
Vorlage: 0957/2012
10. Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen  
Vorlage: 0819/2012
11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **II. Nichtöffentlicher Teil**

---

1. Mitteilungen
2. Berichterstattung in der WP am 09.11.2012
3. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Bezüglich der Tagesordnung hat er drei Anmerkungen. Er verweist auf einen Zeitungsartikel, der am vergangenen Freitag in der Westfalenpost erschienen sei. Er zitiert kurz aus dem Inhalt des Zeitungsartikels. Es werde in dem Artikel der Eindruck erweckt, dass das Jugendamt ohne gesetzliche Grundlage gehandelt habe. Damit werde in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, es sei Unrecht geschehen. Da in dieser Angelegenheit auch datenschutzrechtliche Belange betroffen seien, schlage er vor, diesen Punkt in einem anschließenden nichtöffentlichen Teil zu beraten.

Des Weiteren teilt er mit, dass die Vorlage „Änderung der Satzung für das Jugendamt Hagen“ zurückgezogen werde. Das Rechtsamt sei versehentlich nicht beteiligt gewesen. Es werde daher eine neue Vorlage unter Beteiligung des Rechtsamtes gefertigt und dann im Jugendhilfeausschuss beraten werden.

Als letzten Punkt spricht er die aktuelle Situation an, dass der Regierungspräsident die Stadt Hagen angewiesen habe, keine Aushilfen einzustellen. Bei Radio Hagen sei darüber berichtet worden. Frau Debudaj habe ihn darüber in Kenntnis gesetzt, dass sich in der heutigen Sitzung auch andere Elternbeiräte zu dem Thema zu Wort melden würden. Aus diesem Grunde schlage er vor, dass der Punkt 6 „Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen – Personalsituation / Mündlicher Bericht“ vorgezogen würde.

Er stellt abschließend fest, dass die Ausschussmitglieder mit den vorgeschlagenen Veränderungen der Tagesordnung einverstanden sind.

#### **2. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen - Personalsituation / Mündlicher Bericht**

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Debudaj schildert die aktuelle Situation im Kindergartenbereich aus ihrer Sicht als betroffene Mutter. Die Situation sei für alle Betroffenen unzumutbar gewesen.



Herr Strüwer begrüßt die anderen anwesenden Elternvertreter. Herr Thorsten Gerte stellt sich vor und ergänzt die Ausführungen von Frau Debudaj. Er wünsche sich, dass eine für alle Seiten verbindliche Lösung dauerhaft erzielt werde. Ein weiterer Eltervertreter berichtet, dass er von vielen Eltern kontaktiert worden sei wegen der bestehenden Probleme in den Kindertageseinrichtungen. An den Problemen müsse gearbeitet werden. Herr Gerte ergänzt, dass sie eine Gruppe in Facebook eingerichtet hätten, wo Informationen weitergegeben werden könnten, die wichtig für die Eltern seien. Der Bericht von Radio Hagen sei fehlerhaft gewesen. Man habe dazu eine Klarstellung ausgearbeitet. Er werde die Flyer vorne hinlegen und bei Bedarf könne man sich ein Exemplar mitnehmen. Dort seien auch die Kontaktdaten angegeben. Die Elternräte wären dankbar für eine aktive Zusammenarbeit.

Herr Strüwer bedankt sich für die Wortbeiträge und fasst deren Inhalt kurz zusammen.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass die Diskussion verschiedene Facetten habe. Eine davon sei die Diskussion bezüglich der Aushilfen. Er sei froh darüber, dass dieses Beispiel zeige, dass die Normalausstattung der Kindertagesstätten am unteren Limit liege. Das liege aber nicht an der Stadt Hagen, sondern sei im Sinne von KiBiz. Wenn man das politisch werten wolle, könne man das katastrophal nennen. Für Personalausfälle habe man in der Vergangenheit Aushilfen einsetzen können. Die Leitungen der Einrichtungen seien in der Regel hoch motiviert und würden die Einrichtung nur im äußersten Notfall schließen. Man sei über die Anweisung aus Arnsberg, keine Aushilfen mehr beschäftigen zu dürfen, sehr überrascht gewesen. Dank der hervorragenden Vorarbeit von Herrn Dr. Brauers, Frau Versteeg-Schulte und Frau Haack habe die Bezirksregierung eingelenkt und habe die Aushilfen im bisherigen Umfang genehmigt.

Herr Goldbach erklärt, dass die Situation umfassend dargestellt worden sei. Man sei sich mit den Elternvertretern einig, dass es für alle Beteiligten eine schwierige Zeit gewesen sei. Mit der Erlaubnis des Regierungspräsidenten sei diese Extremsituation entschärft. Man habe sich in den vergangenen zwei Wochen mit allen Kräften bemüht, die Lage zu gestalten. Das sei seines Erachtens deutlich geworden. Man habe natürlich nicht in allen Fällen den Ansprüchen genügen können.

Frau Klos-Eckermann macht deutlich, dass sie zufrieden darüber sei, dass der Regierungspräsident sein Verbot bezüglich der Einstellung von Aushilfen rückgängig gemacht habe. Sie sei nicht damit zufrieden, dass eine Leiterin einer Einrichtung auf einer Personalversammlung die Missstände deutlich machen müsse. Der Oberbürgermeister habe eine Fürsorgepflicht auch gegenüber seinen Mitarbeitern. Ihre Bitte sei, nicht eine Momentaufnahme zu machen, sondern über das Ganze zu schauen, wo Abhilfe nötig sei. Als Ausschuss bekäme man immer nur die Spitze des Eisberges zu sehen und zu hören. Das sei nicht ausreichend. Der Personalrat sei da gut im Bilde und könne hilfreich tätig sein.

Herr Strüwer ist derselben Meinung. Man habe in der Vergangenheit in diesem Ausschuss an vielen Stellen diese Diskussion geführt. Über die erste Revision des KiBiz sei eine sehr intensive Diskussion geführt worden. Seinerzeit hätten die Träger geäußert, dass sie mehr Geld im System bräuchten, um mehr Personal zu realisieren. Damals habe sich die Landesregierung anders positioniert und die Beitragsfreiheit für



das letzte Kindergartenjahr präferiert. Die Kosten in dem Bereich lägen im Moment bei ca. 33 bis 34 Millionen Euro. Die Stadt sei daran mit zwei Dritteln beteiligt. Man müsse die gesetzlichen Vorgaben erfüllen und ansonsten seien der Stadt die Hände gebunden. Er erklärt, dass die bestehenden Probleme erkannt seien und der Input der Elternbeiräte für den Fachausschuss sehr hilfreich sei. Man sei froh, dass es der Verwaltung gelungen sei, mit großem Engagement eine Rücknahme der Entscheidung des Regierungspräsidenten herbeizuführen.

Auf die Frage eines der Elternbeiräte, welche Schritte unternommen würden, um das Problem dauerhaft zu lösen, erklärt Herr Dr. Schmidt, dass zunächst alles getan werden müsse, dass zum Jahresende das Haushalts sicherungskonzept genehmigt würde. Dann sei der Einsatz von Aushilfen kein Problem mehr. Er verweist auf den großen Erfolg von Frau Flühöh vom Personalrat, dass im letzten Jahr - auch mit maßgeblicher Unterstützung des Jugendhilfeausschusses - eine Reihe von befristeten Verträgen in unbefristete Verträge umgewandelt werden konnten. Man wolle diesen Weg weitergehen, weil man durch den Ausbau auch weiterhin Erzieher/innen brauche. Als letztes müsse man sich auf politischer Ebene dafür einsetzen, dass sich am Personalschlüssel in KiBiz etwas ändere. Das bedeute natürlich auch mehr Kosten.

Frau Köppen äußert ihre Freude darüber, dass die Elternvertreter das Thema heute in den Ausschuss gebracht hätten. Sie halte es für die Aufgabe des Jugendhilfeausschusses, dass diese Aspekte nicht untergingen. Man müsse sich die Interessen der Kinder und Eltern zu Eigen machen. Sie regt an, dass der Ausschuss in diesen Fällen unterrichtet würde.

Herr Strüwer stellt abschließend fest, dass man gut im Thema sei. Man habe das Thema regelmäßig auf der Tagesordnung. Ziel sei es, den Rechtsanspruch auch in Hagen zu realisieren, was extrem schwierig werde. Er bedankt sich bei den Elternbeiräten für ihr Engagement und ihren Besuch der heutigen Sitzung.

### 3. Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet, dass die Stadt Hagen für die beiden zurückliegenden Kindergartenjahre nach dem Belastungsausgleichsgesetz Konnexitätsmittel des Landes für den zusätzlichen Aufwand für die U-3-Betriebskosten für die Jahre 2011/2012 in Höhe von 551.000 Euro und für das laufende Kindergartenjahr in Höhe von 1,2 Millionen Euro bekomme. Der gesamte Betrag sei zum größten Teil für den Ausbau U-3 vorgesehen. Rund 800.000 Euro seien jedoch bereits im Rahmen des Konsolidierungspaketes eingerechnet worden. In den Folgejahren werde dieser Ausgleich durch erhöhte KiBizpauschalen refinanziert.

Die Bundesmittel, die im Kitabereich fließen, würden vollständig verausgabt. Man habe das Ausbauziel neu definiert, um weitere Mittel für Hagen akquirieren zu können.

Man erhalte auch Bundesmittel für den Kinderschutz zugewiesen bekommen. Diese betrügen für das laufende Jahr 93.000 Euro und im nächsten Jahr 130.000 Euro. In



den Folgejahren erhalte man als regelmäßige Zuweisung einen Betrag in Höhe von 144.000 Euro. In diesem Jahr wolle man von der Zuweisung die Willkommensbesuche, die Familienhebammen und das Projekt Familienpaten fördern. Die Planungen für die Folgezeit werde man dem Ausschuss in einer umfassenderen Vorlage im Dezember vorstellen. Grundlage dafür sei eine gemeinsame Erarbeitung, die man mit den Trägern am 05. November durchgeführt habe. Man sei zu einem einvernehmlichen Ergebnis gekommen.

Weiterhin freue er sich mitteilen zu können, dass der Antrag der Stadt Hagen auf Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums alle Voraussetzungen erfülle. Man rechne damit, dass man unmittelbar nach Beschlussfassung des Landeshaushaltes einen Bewilligungsbescheid für das kommunale Integrationszentrum bekommen werde.

Er habe der Zeitung entnehmen können, dass die Stadt Hagen eine Förderung aus dem Programm des Landes „Kulturrucksack“ erhalte. Das fördere Angebote für 10-14-jährige Kinder und Jugendliche. Die Förderung werde über 3 Jahre ausgezahlt und betrage rund 34.000 Euro pro Jahr. Man warte mit Freude auf den Bewilligungsbescheid.

Zum Thema Drogenhilfe sei zu berichten, dass man die bis dato unterbrochenen Gespräche mit Blaukreuz und AWO wiederaufgenommen habe. Man habe vereinbart, wie es weitergehen könne. Neu sei, dass auch die Träger eine Einsparung von Kosten bei ihren Aufwendungen realisieren wollten. Man habe seinerzeit eine rechtliche Fragestellung gehabt, die zu einem kaum lösbaren Konflikt geführt habe. Man prüfe derzeit die Möglichkeit eines gemeinsamen Vereins mit drei juristischen Personen. Über den weiteren Fortgang werde man berichten.

Herr Fischer stellt den neuen Kindertafelkalender vor. Dieser sei ab einer Spende in Höhe von 5 Euro erhältlich. Man wolle mit diesem Kalender auf die finanziellen Lücken reagieren, die trotz des Bildungs- und Teilhabepaketes da seien.

#### **4. Anliegen der Jugendräte**

keine

#### **5. Bündnis für Familien**

entfällt



**6. Präsentation der Ergebnisse der Elternbefragung U3 durch den Forschungsverbund Institut für soziale Arbeit Münster (ISA), das Deutsches Jugendinstitut München (DJA) und die Technische Universität Dortmund**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kaufhold vom Forschungsverbund Institut für soziale Arbeit Münster präsentiert die Ergebnisse der Elternbefragung U3 (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Herr Homm berichtet, dass er diesen Fragebogen auch als Elternteil bekommen habe. Dieser sei sehr komplex und teilweise schwer zu verstehen bzw. auszufüllen. Das fange schon damit an, dass man angeben solle, in welchem Stadtbezirk man wohne. Die Zuordnung zu den aufgeführten Bezirken sei nicht eindeutig gewesen. Er gehe davon aus, dass man anhand der Befragung Anhaltspunkte sammeln könne, aber einen richtigen empirischen Beleg für einen Bedarf habe man durch eine solche Befragung nicht. Die persönlichen Bedarfe änderten sich auch mit dem Zeitablauf.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf den Teil der Aufarbeitung, in dem angegeben wird, wie viele Betreuungsstunden nachgefragt werden. Derzeit würde in Hagen der überwiegende Teil der Eltern 45 Betreuungsstunden abrufen. In der Aufarbeitung sei eine viel geringere Nachfrage nach Betreuungsstunden erkennbar. Wie könne man diese Diskrepanz erklären?

Frau Kaufhold vermutet, dass Herr Strüwer zwei unterschiedliche Personengruppen vergleiche. Das hänge mit dem Alter der Kinder zusammen. Bei jüngeren Kindern unter zwei Jahren wünschten die Eltern eine zeitlich geringere Betreuung. Erst ab 2 Jahren sei der Wunsch nach einer umfassenderen Betreuung vorhanden.

Frau Haack bestätigt die Annahme von Frau Kaufhold. Man habe nur einen geringen Anteil von Kindern von ca. 20 %, die nur 25 Stunden betreut würden. Der Hauptanteil von ca. 50 % werde 35 Stunden betreut. Der restliche Teil von ca. 30 % werde 45 Stunden betreut. Wie bereits angemerkt, unterscheide sich der Ist-Zustand von den Ergebnissen der Befragungen.

Herr Strüwer stellt fest, dass man die Quote von 38 % bemessen habe für alle Kinder von 0 – 3 Jahren. Man sei natürlich aus verständlichen Gründen auf den Rechtsanspruch fokussiert, der ja nur für 1 -2 -jährige Kinder gelte. Wie hoch sei die Quote für diese Altersgruppe?

Frau Kaufhold beziffert diesen Wert auch auf 38 %.

Frau Haack weist darauf hin, dass es sich hier nur um einen Durchschnittswert handelt. Sie erläutert, in welchen Fällen ein Rechtsanspruch besteht. Das hänge nicht nur mit dem Alter des Kindes zusammen.



Herr Goldbach berichtet, es habe einen Austausch der Jugendamtsleiter der großen Städte in Nordrhein-Westfalen gegeben. Hagen befände sich in vergleichbarer Gesellschaft. Man könne feststellen, dass je ländlicher der Raum sei, je geringer sei der Bedarf an U-3-Betreuung. Je größer die Stadt sei, je größer sei der Bedarf. Er sei froh, dass man sich an diesem Vorhaben beteiligt habe, weil man im Groben aktualisiert für das ganze Stadtgebiet eine realistische Zielmarke habe. Man schätze es so ein, dass diese sich in den Folgejahren auch noch nach oben bewegen werde. Wenn das Angebot da sei, werde es auch stärker nachgefragt werden. Ihm sei wichtig, dass der Ausschuss in der Dezembersitzung die Zielmarke von 38 % beschließen werde. Das würde der Verwaltung bei der weiteren Planung und Ressourcensicherung weiterhelfen.

Herr Dr. Schmidt schlägt den Ausschussmitgliedern vor, die vorgestellten Folien in Ruhe zu studieren. Dieser Punkt solle dann in der nächsten Sitzung noch mal auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Entscheidung über die Zukunftszahl habe dann politische Bindungswirkung. Es sei festzustellen, dass es schwer sein werde, die Zielmarke von 32 % im nächsten Jahr zu garantieren.

Herr Strüwer dankt Frau Kaufhold für ihren Vortrag und wünscht ihr weiterhin alles Gute.

## **7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen - Nachforderung Elternbeiträge / Mündlicher Bericht**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach erläutert die Hintergründe der Nachforderung von Elternbeiträgen. Er weist darauf hin, dass man bereits vor einem Jahr zu diesem Thema berichtet habe. Es habe sich bei einer Überprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt rausgestellt, dass mit Einführung des KiBiz und Erlasses der Beitragssatzung für die Kitabeträge sich ein Fehler durch die Verwaltung eingeschlichen habe. Es gehe dabei um die Berechnung der Beiträge im Übergang U-3 zu Ü-3. Das habe dazu geführt, dass man bei einer Beitragsrückrechnung bei den Eltern im Zweifelsfall bis zu 9 Monaten nacherheben müsse. Im günstigsten Fall könne bis zu 3 Monaten erstattet werden. In 710 Fällen werde nachgefordert und in 52 Fällen erfolge eine Erstattung von Beiträgen.

Man beginne in den nächsten Tagen damit, die ersten Bescheide zu verschicken. Der Hintergrund sei, dass in diesen Fällen, die das Kindergartenjahr 2008/2009 betreffen, zum Ende dieses Jahres die Verjährung eintrete. Man rede insgesamt von einer Gesamtsumme in Höhe von rund 300.000 € für drei Kindergartenjahre, die die Stadt zusätzlich vereinnahmen könne. Man nehme die Rückforderungen ungern vor, habe aber rein rechtlich keine andere Wahl. Man habe einen Musterfall abgewartet, ob eine Rückforderung vorgenommen werden dürfe. Das Urteil des Verwaltungsgerichtes habe diese Frage bejaht. Es bestehe Einigkeit darüber, dass in allen Fällen großzügige Ratenzahlungen eingeräumt würden. Man habe als Haushaltsicherungs-





kommune keine andere Möglichkeit, als diese Forderungen zu erheben und zu vereinnahmen.

Frau Debudaj berichtet, dass sie von betroffenen Eltern kontaktiert worden sei, die sehr verärgert über die Nachforderungen seien. Sie selbst sei auch betroffen.

Herr Strüwer kann das nachvollziehen. Die Eltern hätten darauf vertraut, dass die Bescheide korrekt seien. Er fragt, ob noch weitere Rechtsmittel möglich seien. Sei bei dem Präzedenzfall auch dieses Spektrum berücksichtigt worden, dass man möglicherweise in seinem Vertrauensschutz eingeschränkt worden sei?

Frau Versteeg-Schulte bejaht diese Frage. Sie habe das Urteil entsprechend datenschutzrechtlicher Vorgaben geschwärzt und Frau Debudaj zur Verfügung gestellt. Nichtsdestotrotz rechne sie mit weiteren rechtlichen Prüfungen seitens Klageeinreichungen durch betroffene Eltern.

Herr Strüwer berichtet, dass im Vorfeld auch im politischen Raum darüber gesprochen worden sei, wie man als Stadt mit dieser Situation umgehen könne. Seinerzeit sei in Erwägung gezogen worden, auf die Nachforderungen zu verzichten. Man habe intern die Situation auch rechtlich geprüft. Da sei man jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass man als Nothaushaltsgemeinde gehalten sei, alle möglichen Einnahmen auch einzuziehen. Von daher habe man keinen Spielraum gehabt, auf die Rückforderungen zu verzichten.

Frau Debudaj äußert ihr Unverständnis darüber, dass die Eltern für die Fehler der Verwaltung geradestehen müssten. Das sei ungerecht und das sehe sie nicht ein.

Herr Strüwer weist noch einmal darauf hin, dass das letzte Jahr abgewartet worden sei. Dadurch sei der zeitliche Verzug noch einmal größer geworden.

Frau Klos-Eckermann möchte wissen, ob die Eltern über diesen Tatbestand seinerzeit gleich informiert worden seien.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass die Eltern im letzten Jahr darüber informiert worden seien.

Frau Debudaj berichtet, dass sie die Information als Elternrat im letzten Jahr in mündlicher Form von der Kindergartenleitung bekommen habe. Die Eltern seien nicht darüber informiert worden.

Herr Strüwer bittet darum, das in der Verwaltung zu hinterfragen. Er möchte außerdem wissen, ob die Bundesmittel von rund 700.000 €, die bis zum 30.11.2012 hätten beantragt werden müssen, in Gänze mit Projekten bestückt worden, die auch realisiert würden.

Diese Frage wird von Herrn Godlbach klar bejaht.



8. **"Haus der Bildung für Kinder" in Altenhagen**  
**Vergrößerung der Kindertageseinrichtung Boeler Str. 39**  
**Vorlage: 0808/2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Haack erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer weist auf das gewaltige Finanzvolumen dieser Maßnahme in Höhe von 1,6 Millionen Euro hin. Er sei froh, dass man die Voraussetzungen geschaffen habe, nicht alles aus der Bildungspauschale realisieren zu müssen. Gerade im Schulbereich werde vieles zurückgestellt, um andere Probleme zu mindern. Es gehe darum, wirtschaftlich mit diesen Geldern umzugehen.

Herr Reinke dankt Frau Haack für die Vorstellung der Maßnahme. Er habe sich das Gebäude in Altenhagen angesehen. Der Bedarf sei seines Erachtens vorhanden. Er habe dem Ausschuss in der heutigen Sitzung vorschlagen wollen, sich das Objekt vor Ort einmal anzusehen. Vielleicht könne man an der Planung an der einen oder anderen Stellen noch etwas ändern.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf das Papier mit den Ausbaumaßnahmen. Dort seien für das Projekt Boeler Str. 39 16 neue U3-Plätze angekündigt. Wenn er sich die geplante Einrichtung anschauere, würden da ja noch viel mehr Plätze geschaffen. Um wie viel Plätze gehe es genau?

Frau Haack antwortet, dass man jetzt 25 3-6-jährige Kinder in einer eingruppigen Einrichtung habe. Jetzt könnten nach weiteren vorgenommenen Änderungen in der Planung sogar 20 U3- Plätze und 55 Plätze für 3-6 -jährigen Kinder geschaffen werden.

Herr Strüwer freut sich, dass man dadurch in der Bilanz nach vorn komme angesichts der Tatsache, dass viele Plätze durch die neuen Altersvorgaben des Landes zum Schuleingang hätten geopfert werden müssen. Bezüglich der Beschlussfassung schlägt er vor, eine Erweiterung vorzunehmen: „ Räumliche und finanzielle Optimierungen und Teilfinanzierungen über Landes- und Bundesprogramme sind anzustreben.“ Damit könne man sicherstellen, dass sich mögliche Zuschussgeber beteiligten. Für den Ratsbeschluss solle man die einkalkulierten 400.000 € durch Bundesmittel mit einbeziehen.

Frau Klos-Eckermann äußert ihre Freude über die Vorlage. Sie sei auch im gestrigen Schulausschuss mit Begeisterung angenommen worden. Hier käme ein wirklich gutes Konzept zum Tragen, das sie sich stadtweit wünsche würde.

Frau Versteeg-Schulte merkt an, dass sie von der GWH gebeten worden sei, darauf hinzuweisen, dass ein Sachverhalt nicht ganz richtig dargestellt worden sei. Bei dem Punkt Baubeschreibung auf Seite 6 sei dargestellt, dass keine Folgekosten entstünden. Dem sei natürlich nicht so. Wenn eine Einrichtung vergrößert würde, seien sicher auch die Betriebskosten höher zu veranschlagen. Das wolle sie richtigstellen.



Herr Losch möchte wissen, inwieweit gewährleistet sei, dass die Bausumme von 1,6 Millionen € eingehalten und nicht überschritten würde.

Herr Strüwer dankt für den berechtigten Hinweis. Er weist auf den entsprechenden Zusatz im Beschlussvorschlag hin. Dieser mache deutlich, dass es sich um eine finanzielle Obergrenze handele.

Er stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Vergrößerung der Kindertageseinrichtung Boeler Straße 39 zu einem „Haus der Bildung für Kinder“ in Altenhagen im Zusammenwirken mit der Grundschule Erwin-Hegemann.

**Räumliche und finanzielle Optimierungen und Teilfinanzierungen über Landes- und Bundesprogramme sind anzustreben.**

Die Maßnahme wird zum 01.08.2013 umgesetzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

9. **Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"**  
Vorlage: 0957/2012

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer erinnert daran, dass man in der Vergangenheit jeweils den Bericht eingebracht und in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen habe. Er stellt fest, dass von Seiten des Ausschusses kein Grundeinstieg erwünscht sei.

Herr Goldbach schlägt vor, den Bericht zunächst im Unterausschuss zu beraten und das Ergebnis im Jugendhilfeausschuss zu präsentieren.

Herr Reinke bittet in absehbarer Zeit um einen Erfahrungsbericht zur aufsuchenden



Jugendarbeit.

Herr Strüwer schlägt vor, dass Anliegen mit in den Unterausschuss zu nehmen.

Er lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Bericht zur „Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hagen“ wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen und an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zur weiteren Beratung verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

**10. Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Hagen  
Vorlage: 0819/2012**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

Frau Klos-Eckermann erklärt, dass sie aus den Medien von anderen Kommunen entnommen habe, dass überlegt werde, Großtagespflegeplätze einzurichten. Inwiefern sei das in Hagen auch angedacht?

Frau Versteeg-Schulte teilt dazu mit, dass man gerade dabei sei, für die nächste Jugendhilfeausschusssitzung eine Vorlage zum Thema Tagespflege vorzubereiten. Diese würde auch diesen Part beinhalten.

Herr Strüwer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet alle Gäste, den Raum zu verlassen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18:10 Uhr

gez. Willi Strüwer  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
\_\_\_\_\_  
Schriftführerin